

7. Phänomen Vladimir Putin

Während dieser acht Jahre habe ich geackert wie ein Sklave auf einer Galeere, von morgens bis abends.

VLADIMIR PUTIN, 2008

Genau wie *Edinaja Rossija* kann auch Vladimir Putin als Repräsentant eines hegemonialen politischen Diskurses betrachtet werden. Aber mehr noch: Es ist sein „Name“, der in einer diskurstheoretischen Betrachtung eine hegemonisierende Funktion erfüllt.¹ Dabei war Putin selbst vor seiner Nominierung zum Ministerpräsidenten im August 1999 der russischen Öffentlichkeit gänzlich unbekannt. Kurz danach aber schossen seine Umfragewerte in die Höhe – und blieben, von einigen wenigen Schwankungen abgesehen, bis zum Ende seiner zweiten Amtszeit als Präsident stabil hoch. Selbst auf dem Posten des Ministerpräsidenten, der in der jüngsten russischen Geschichte immer wenige Sympathien genoss, erhält Putin gute Umfragewerte. Dies bestätigt einerseits, dass ein institutions- beziehungsweise amtsunabhängiges Personenvertrauen (Schröder 2007) Fundament der russischen Politik ist und zugleich die Schwäche des Parteiensystems. Andererseits eröffnet es die Möglichkeit, „Putin“ als eine Repräsentation des politischen Konsenses zu interpretieren. „Putin“ steht für die gesamte Politik, repräsentiert alle in dem Diskurs artikulierten Forderungen.

Dies rechtfertigt eine genauere Betrachtung der Forderungen, welche die Person Vladimir Putin im Analysezeitraum artikuliert hat, insbesondere in jährli-

1 Anschaulich für die Rolle eines Namen ist vielleicht ein Gespräch zwischen Stalin und seinem Sohn, das Montefiore wiedergibt: „„Aber auch ich bin ein Stalin“, sagte Vasilij. ‚Nein, Du bist es nicht‘, antwortete Stalin. ‚Du bist nicht Stalin und ich bin es auch nicht. Stalin ist Sowjetmacht. Stalin ist der in den Zeitungen und auf den Portraits, nicht Du und noch nicht einmal ich.“ (Montefiore 2004: 4)

chen „Botschaften an die Föderationsversammlung“. Nach Artikel 84 der Verfassung der Russländischen Föderation wendet sich der Präsident „an die Föderationsversammlung mit alljährlichen Ansprachen über die Lage im Lande und über die Grundrichtungen der Innen- und Außenpolitik des Staates“.²

Diese Ansprachen werden sowohl in der Presse als auch von politischen Beobachtern genau verfolgt. Auch in der sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzung werden sie immer wieder Analysen unterzogen (Malinova 2008; Panov 2008; Rotkirch, Temkina, Zdravomyslova 2007; Stewart 2008). Im Gegensatz zu anderen Untersuchungen stehen hier aber insbesondere jene Forderungen im Mittelpunkt, die sich auf die nationale und politische Identität Russlands beziehen.

Insgesamt wurden von Vladimir Putin acht dieser Ansprachen gehalten: die erste am 8. Juli 2000, und die letzte am 26. April 2007.

7.1 POLITISCHE IDENTITÄTEN IN DEN ANSPRACHEN AN DIE FÖDERATIONSVERSAMMLUNG

Im Bereich der politischen Identität gibt es eine Reihe von Themen, die in allen Reden Putins angesprochen wurden. Dazu zählen die Forderungen nach Stabilität und einem starken Staat sowie nach Demokratie, Freiheit und Zivilgesellschaft – es wird sich aber zeigen, dass insbesondere der letztgenannte Themenkomplex stark ökonomische Konnotationen erhält. Es ist nämlich nicht zuletzt ein wirtschaftliches prosperierendes Russland, das wie ein Querschnittsthema alle Ansprachen durchzieht und zu einem Kernelement der russischen politischen Identität stilisiert wird.

7.1.1 Stabilität und starker Staat

Eine immer wiederkehrende Forderung ist die nach Stabilität. Sie wird insbesondere in der ersten Amtszeit erhoben und verdeutlicht den Bruch mit den 1990er Jahren. In der zweiten Amtszeit wird dagegen Stabilität als erfüllte Forderung präsentiert aber auch eine Fortsetzung dieser Politik der Stabilität in Aussicht gestellt.

Bereits in seiner ersten Ansprache zeichnet Putin ein dramatisches Bild der Lage. Russland drohe aufgrund der demografischen Entwicklung eine alte und

2 Verfassung der Russländischen Föderation vom 25.12.1993 mit Änderungen vom 09.01.1996, 10.02.1996, 09.06.2001, <http://www.constitution.ru/index.htm> [01/01/2011].

gebrechliche Nation zu werden. Darüber hinaus drohe Russland sich angesichts seiner ökonomischen Schwäche zu einem Dritt-Welt-Land zu entwickeln. Mit dieser Ausgangslage könne man sich nicht abfinden. Daraus wird die Forderung nach einer stabilen Wirtschaft abgeleitet:

„Es geht dabei nicht nur um unseren Nationalstolz, obwohl das auch wichtig ist. Die Frage stellt sich um vieles schärfer und dramatischer. Können wir als Nation, als Zivilisation erhalten bleiben, wenn unser Wohlergehen wieder und wieder abhängig ist von der Vergabe internationaler Kredite und von der Gunst der Führer der internationalen Wirtschaft? Russland braucht ein ökonomisches System, das konkurrenzfähig ist, das effizient und sozial gerecht ist, das ein stabiles ökonomisches Wachstum erlaubt. Eine stabile Wirtschaft ist sowohl die wichtigste Garantie einer demokratischen Gesellschaft als auch zentrale Grundlage eines starken und in der Welt angesehenen Staates.“ (Putin 2008a: 38)

Stabilität hat aber nicht nur eine ökonomische Konnotation, sondern auch eine politisch-soziale: Ein effizienter Staat soll eine stabile politische Entwicklung (ibid.) und ein stabiles Leben (ibid. 53) garantieren. Dies sei insbesondere im Kontrast zu den 1990er Jahren zu sehen. Zwar fürchte man keine Veränderungen. Doch der Zyklus von Revolution und Konterrevolution sei beendet, „es wird keine Revolution geben und keine Gegenrevolution“ (Putin 2008b: 80). Zugleich bedeute die Stabilität keine administrative Stagnation, aber „nach einem stürmischen Jahrzehnt der Reformen treten wir nun in eine Phase, in welcher der andauernde Erfolg des Landes von unserem Willen, von unseren Fähigkeiten und von unserer Ausdauer abhängt“ (ibid. 80).

Trotz Stärkung der politischen Stabilität und wirtschaftlicher Erfolge seien diese Ziele noch nicht erreicht, würden die Erfolge nicht vollständig eingesetzt, um das Leben der Bürger zu verbessern und Russland einen würdigen Platz im internationalen ökonomischen System zu sichern. Es gebe keinerlei Grund, um sich „schwindlig vom Erfolg zu fühlen“ (Putin 2008c: 107).³

Immer wieder taucht das Bild eines tobenden internationalen ökonomischen Konkurrenzkampfes auf. In den Ausführungen dazu mischen sich versöhnliche mit warnenden Tönen gegenüber dem Westen:

3 Hier wird Bezug genommen auf ein Stalin-Artikel in der Pravda vom 2. März 1930: Stalin kündigte damit eine vorübergehende Rücknahme des Kollektivierungstempos an (Stalin 1954: 168-175).

„Ja, die Phase der Konfrontation ist beendet. Mit allen Ländern der Erde – ich möchte dies betonen: mit allen [...] – etablieren wir konstruktive, normale Beziehungen. Zugleich möchte ich auf etwas anderes aufmerksam machen: Die Norm in der internationalen Gemeinschaft, in der gegenwärtigen Welt, ist auch eine raue Konkurrenz – um Märkte, Investitionen, um politischen und ökonomischen Einfluss. Und im Kampf, in diesem Kampf, muss Russland stark und konkurrenzfähig sein.“ (Ibid. 108)

Gerade im Hinblick auf Investitionen ist Stabilität nötig. Investoren und Unternehmer benötigten klare und stabile Regeln (Putin 2008f: 277). In seiner letzten Ansprache (2007) schließlich ist die Stabilität aber auch eine immer wieder eine bedrohte – ausgerechnet durch das, was zuvor noch durch die Stabilität ange-lockt werden sollte: westliche Investitionen. Denn Putin beklagt, dass eben nicht allen die stabile und fortschreitende Entwicklung Russlands gefalle. Und hier erhält die Ansprache noch eine illiberale Wendung, die in einem Widerspruch zu den Bekenntnissen zur Zivilgesellschaft steht: Verschlagen würde eine „pseudo-demokratische Phraseologie“ genutzt, um zu einer näheren Vergangenheit zurückzukehren (in Anspielung auf die 1990er Jahre). Manche täten dies, um wie früher Russland ungestraft seiner allnationalen Reichtümer zu berauben, um Menschen und den Staat bestehlen zu können, andere um Russland um seine ökonomische und politische Selbständigkeit zu bringen. Es werde ein Strom ausländischen Geldes anwachsen,

„um sich direkt in unsere inneren Angelegenheiten einzumischen. Wirft man einen Blick auf lange zurück liegende Zeiten, so sieht man, dass man auch in der Epoche des Kolonialismus über eine sogenannte zivilisierende Rolle der Kolonialmächte gesprochen hat. Heute wappnet man sich mit demokratisierenden Losungen. Doch das Ziel ist das gleiche – das Erzielen einseitiger Vorteile und eigener Privilegien, die Wahrung der eigenen Interessen. Wer es auch immer ist, der nicht vor den schmutzigsten Methoden zurückschreckt, versucht [in jedem Fall] nationalen und konfessionellen Streit in unserem multinationalen, demokratischen Staat zu schüren.“ (Putin 2008h: 409f.)

Um die Stabilität Russlands zu sichern und vor möglichen äußeren Angriffen zu schützen, bedarf es eines starken Staates – ebenfalls ein wiederkehrendes Motiv. Dabei wird die Stärke sowohl mit Demokratie als auch mit Wirtschaftlichkeit verbunden:

„Nur ein starker, effizienter (sagen wir ‚effizient‘, für den Fall, dass jemandem das Wort ‚stark‘ nicht gefallen sollte) und demokratischer Staat ist im Stande, die bürgerlichen, politischen und ökonomischen Freiheiten zu schützen, und ist fähig, die Bedingungen zu schaffen für ein wohlhabendes Leben der Menschen und für die Prosperität unseres Vaterlandes.“ (Putin 2008a: 39)

Stärke, Effizienz, Demokratie und Freiheit sind in diesem Lichte letztlich nur Mittel um Wohlstand zu sichern. Noch nicht einmal Stärke ist ein Wert an sich, sondern nur Instrument.

Die militärische Stärke oder Schwäche Russlands, sonst häufig Gegenstand publizistischer Auseinandersetzung im In- und Ausland, spielt überraschenderweise nur eine Nebenrolle in den Ansprachen:

„Russland sollte ein Land sein – und wird es werden – mit einer entwickelten Zivilgesellschaft und einer stabilen Demokratie. In ihr werden in vollem Ausmaße die Menschenrechte garantiert, sowie die bürgerlichen und politischen Freiheiten. Russland sollte ein Land sein – und wird es werden – mit einer konkurrenzfähigen Marktwirtschaft. Russland wird ein starkes Land, mit modernen, gut ausgerüsteten und mobilen Streitkräften.“ (Putin 2008d: 161)

Diese militärischen Aspekte von „Stärke“ werden also nur im Nachsatz erwähnt. Sie mehren sich aber ab ca. 2006, als außenpolitische Erwägungen herangezogen werden, um erhöhte militärische Kapazitäten einzufordern. Dieses Muster widerspiegelt die zunehmende russische Frustration in außenpolitischen Fragen. Hier lohnt sich ein ausführlicheres Zitat:

„Das Verteidigungsbudget [der USA] [...] ist fast 25 Mal größer als in Russland. Das ist das, was man auf dem militärischen Gebiet ‚mein Haus, meine Festung‘ nennt. Und das machen sie gut so! [...] Doch das bedeutet, dass auch wir unser eigenes Haus bauen müssen – stark und widerstandsfähig, weil wir sehen, was in der Welt vor sich geht. Wir sehen es sehr deutlich! Wie man so sagt: ‚Genosse Wolf weiß, wen er frisst‘. Er frisst – und hört niemandem zu. Und, allem Anschein nach, ist er auch nicht bereit zuzuhören. Wo ist nur all das Pathos der Notwendigkeit eines Kampfes für Menschenrechte und Demokratie geblieben, wenn es um die Notwendigkeit geht, die eigenen Interessen zu realisieren? Hier, so scheint es, ist alles möglich und es gibt keine Schranken.“ (Putin 2008g: 338f.)

Als Reaktion darauf dürften aber Fehler der Sowjetunion nicht wiederholt und müsse ein Rüstungswettlauf vermieden werden. Die Antwort könne nur in der Modernisierung, Professionalisierung und Umstrukturierung der Streitkräfte

liegen. Auch hier schimmert abermals das Mantra der Effizienzsteigerung und Konkurrenzfähigkeit durch.

Bemerkenswert ist aber auch, dass der starke Staat so artikuliert wird, dass er allen Seiten gefallen kann: Er dient einerseits dem Schutz der bürgerlichen Rechte und Freiheiten, einschließlich unternehmerischer Freiheit; andererseits dient er auch der Verfolgung „patriotischer“ Ziele, wie militärischer und damit außenpolitischer Macht. Der starke Staat wird als Mittler dargestellt: Nur er könne eine Balance gewährleisten zwischen den Interessen des Individuums und der Gesellschaft, könne die Initiative des Einzelnen vereinbaren mit den gesamtationalen Aufgaben (Putin 2008a) sowie mögliche Widersprüche zwischen Freiheiten des Individuums und Interessen des Staates.

7.1.2 Demokratie, Freiheit, Zivilgesellschaft

Bereits oben ist angeklungen, dass eine demokratische Verfasstheit nicht nur als vereinbar mit staatlicher Stärke dargestellt wird, sondern sogar als eines ihrer Elemente ins Feld geführt wird. Demokratie und damit assoziierte Rechte, wie auch liberale Freiheiten, durchziehen alle Ansprachen Vladimir Putins.

Zugleich hebt er hervor, dass Demokratie in Russland Ergebnis einer genuin russischen Wahl ist und einem genuin russischen Denken entspringt. Die russische Demokratie ist nicht eine von außen aufoktrozierte. Ausführlich wird immer wieder Ivan Il'in⁴ zitiert, um zu begründen, dass der Staat nicht versuchen

4 Ivan Alexandrovič Il'in war ein russischer Philosoph, der interessanterweise auch auffällig häufig von Vladimir Žirinovskij zitiert wird, zum Beispiel in *Der Russische Charakter* (*Russkij charakter*, 2009), *Der letzte Sprung nach Süden* (*Poslednyj brosov na jug*, 2008), *Die Orthodoxe Bastion* (*Pravoslavnyj bastion*, 2001), und *Die Feinde Russlands* (*Vragi Rossii*, 2000). Der monarchistische, slawophile Denker Il'in musste nach der Oktoberrevolution Russland verlassen. Mit dem sogenannten „Philosophenschiff“ erreichte er Deutschland, das er 1934 in Richtung Schweiz verließ, wo er schließlich verstarb. Er wurde zu einem Vordenker der „Weißen Bewegung“. Il'in war bis in die 1990er Jahre vor allem bekannt durch ein Portrait von Michail Nesterov. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre erlangte er aber große Popularität in Russland, was zu einer mehrbändigen Neuauflage seiner Werke führte (Shmelev 2005: 336). Unterstützt wurde die Popularität auch von der Russisch-Orthodoxen Kirche und vom Regisseur Nikita Michalkov, der auch die Exhumierung der sterblichen Überreste und deren Überführung 2005 aus der Schweiz nach Russland anregte.

dürfe, auf den „schöpferischen Zustand von Gedanken und Seele“ (*tvorčeskie sostojanija duši i ducha*) Einfluss zu nehmen. Und weiter:

„Russland ist ein Land, das die Demokratie kraft des Willens des eigenen Volkes gewählt hat. Es hat sich selbst auf diesen Weg gebracht [...] und es wird selbst entscheiden, auf welche Art und Weise [...] die Realisierung der Prinzipien von Freiheit und Demokratie gesichert werden kann. Als souveränes Land ist Russland in der Lage, auch Tempo und Bedingungen der Bewegung auf diesem Weg zu bestimmen und wird dies [auch] selbständig tun.“ (Putin 2008f: 281)

Bereits hier vermischen sich die Themen von Demokratie und Souveränität, mit denen sich Russland weiterhin in einen imaginären westlichen Werte- und Staatenverbund einordnen will, zugleich aber nicht bereit ist, Einmischungen aus dem Westen zu akzeptieren. Der demokratische Aufbau Russlands und dessen neue Offenheit gegenüber der Welt widersprüchen nicht der Eigenständigkeit und dem Patriotismus Russlands, sie störten nicht bei der Suche nach eigenen Antworten auf Fragen der Spiritualität und Moral:

„Es ist nicht nötig, speziell eine nationale Idee zu suchen. Sie reift bereits in unserer Gesellschaft. [...] Bei allen verschiedenen Ansichten, Meinungen, verschiedensten Plattformen: Wir hatten und haben gemeinsame Werte [...], die [uns] vereinigen und es erlauben, uns als ein einheitliches Volk zu begreifen.“ (Putin 2008a: 42)

Damit wird auch eine Absage erteilt an eine Neuauflage der Suche nach einer nationalen Idee, wie sie 1996 unter El'cin betrieben wurde. In der russischen Kultur und Geschichte befänden sich hinreichend Elemente für eine nationale Identität (siehe unten). Aufgrund Russlands Besonderheiten müsse es „einen eigenen Weg finden zum Aufbau einer demokratischen, freien und gerechten Gesellschaft und [eines entsprechend gearteten] Staates“ (Putin 2008f: 272f.). Freiheit, Menschenrechte, Gerechtigkeit und Demokratie seien für die russische Gesellschaft zu bestimmenden Wertorientierungen geworden. Im Anschluss fährt Putin fort, die Notwendigkeit dieser Orientierung zu begründen:

- Nur in einer freien und gerechten Gesellschaft könnten „gesetzzestreue Bürger“ ihre Rechte und den Schutz des Staates einfordern;⁵
- nur in einer freien Gesellschaft könne jeder Bürger gleichberechtigt am (wirtschaftlichen) Konkurrenzkampf teilnehmen und frei seine Partner wählen;
- als gerechter Staat müsse Russland auch den sozial Schwachen und Benachteiligten helfen;
- eine freie und gerechte Gesellschaft hat keine inneren Grenzen oder Einschränkungen der Mobilität und ist selbst offen für die restliche Welt.

Demokratie wird hier abermals unterschwellig mit verschiedenen anderen Forderungen artikuliert: den Forderungen nach Rechtsstaatlichkeit – bis hin zu ihrer extremistischen Form, der „Diktatur des Gesetzes“ (Putin 2008a: 49) –, Beachtung ökonomischer Notwendigkeiten (mit dem Leitmotiv der Konkurrenzfähigkeit), sozialer Gerechtigkeit und Weltoffenheit.

Die Ansprache von 2005 (Putin 2008f) ist diejenige, die am stärksten auf „demokratische“ Werte verweist. Charakteristisch ist, dass Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit nahezu ausschließlich gemeinsam auftreten. Während „Demokratie“ zumeist abstrakt umschrieben wird, werden die beiden anderen Signifikanten mit konkreteren Bedeutungen gefüllt. Freiheit bekommt zumeist eine ökonomische Konnotation: Gefordert wird Freiheit des Unternehmertums, die Freiheit, gleichberechtigt am ökonomischen Konkurrenzkampf teilzunehmen. Selbst „Gerechtigkeit“ bekommt eine ähnliche Konnotation, auch wenn in diesem Zusammenhang immer wieder von sozialen Garantien die Rede ist. Das Novum dieser Ansprache besteht in der Vehemenz, mit welcher der „demokratische“ Pfad als eigene Wahl dargestellt wird, und der Stärke, mit der betont wird, dass nur Russland selbst darüber befinden könne, unter welchen Bedingungen und mit welcher Geschwindigkeit es diesen Weg beschreiten könne. Dieser Gedanke wird später von Vladislav Surkov aufgenommen (Surkov 2006).⁶ Mit dieser diskursiven Operation kommt es zu einer Verkettung demokratisch- und patriotisch-diskursiver Elemente, in der „Souveränität“ und später „souveräne Demokratie“ als Bindeglied oder Knotenpunkt operieren.

5 In Bezug auf den Staatsaufbau wird u.a. eine Modernisierung des Beamtenapparates gefordert, von dem wiederum verlangt wird, „mit der Gesellschaft nicht im Kommando-Ton zu sprechen, sondern in der modernen Sprache der Kooperation“ (ibid. 276).

6 Russland sei nicht zur Demokratie gekommen durch die Niederlage im Kalten Krieg, sondern durch die europäische Natur seiner Kultur (Surkov 2006: 30).

Doch diese Idee der Souveränität beziehungsweise der souveränen Demokratie wird in den Ansprachen an die Föderationsversammlung nicht mehr aufgenommen: „In den letzten Ansprachen akzentuiert sich diese Idee nicht. Es entsteht der Eindruck, dass die Frage bereits gelöst ist, und dass keine Notwendigkeit besteht, wieder auf sie einzugehen. 2007 definiert der Präsident mehrfach Russland als demokratisches Land, ohne auf die Charakteristik [dieser Demokratie] einzugehen.“ (Panov 2008: 114)⁷

Ausführlicher wird dementsprechend in den Reden vor 2006 auf die verschiedenen Dimensionen demokratischer Freiheiten eingegangen und darauf, welche Rolle der Staat in diesem demokratischen Kontext zu spielen habe.

Die vorrangige Rolle des Staates bestehe darin, die wirtschaftliche Freiheit zu schützen, individuelle Initiativen und jede Form von Eigentum zu verteidigen und einen einheitlichen Wirtschafts- und Rechtsraum zu schaffen. Der Staat solle sich nicht in die Belange der Wirtschaft einmischen und für gleiche Konkurrenzbedingungen sorgen – auch durch Abschaffung von steuerlichen Bürden (Putin 2008a: 44ff.). Insgesamt wird viel Reformbedarf angemahnt, damit der Staat diese Funktionen erfüllen könne. Es sei insbesondere ein „sperriger, gewundener und ineffizienter“ Staatsapparat und die administrative Willkür, welche die „kolossalen Chancen“ des Landes zunichte machten. Konkurrenzfähigkeit des Landes, Effizienz und Stärke des Staates sind die mitschwingenden Forderungen, die in den folgenden Ausführungen erhoben werden:

„Denn es ist direkte Pflicht des Staates, die Bedingungen zu schaffen für die Entfaltung der wirtschaftlichen Freiheiten, strategische Orientierungen zu geben, der Bevölkerung qualitativ gute öffentliche Dienstleistungen anzubieten und das staatliche Eigentum zu managen.“ (Putin 2008c: 110)

Dazu müsse die gesamte Exekutive modernisiert werden, deren Struktur logisch und rational aufgebaut, der Staatsapparat effizient, kompakt und funktionierend sein und zu einem wirksamen Instrument zur Realisierung der Wirtschaftspolitik werden.

Nur bei der Thematik der Zivilgesellschaft – ebenfalls ein wiederkehrendes Element – kann sich Putin teilweise von der stark ökonomisch ausgerichteten In-

7 Hier stellt sich die Frage, inwiefern und allenfalls in welchem Zeitraum der Begriff der Souveränität bzw. der souveränen Demokratie die Rolle eines Knotenpunktes oder gar eines leeren Signifikanten erfüllt, d.h. symbolisch den gesamten offiziell-hegemonialen Diskurs repräsentiert hat. Davon wird noch genauer die Rede sein im Abschnitt über „souveräne Demokratie“.

terpretation von (individueller) Freiheit lösen, die nicht immer widerspruchsfrei sei mit den Interessen des Staates.

Zu Beginn seiner Amtszeit fordert Putin eine Entwicklung der Zivilgesellschaft zu einem *vollwertigen Partner des Staates* (Putin 2008a: 40). 2004 erfährt das Thema Zivilgesellschaft aber bereits eine reaktionäre Wendung: Zwar wird eine reife Zivilgesellschaft nach wie vor als Bedingung angesehen, um lebenswichtige Probleme der Menschen zu lösen. Doch in der Ansprache bedauert der Präsident, dass es neben den Tausenden konstruktiv arbeitenden NGO auch solche gibt, deren Hauptziel es sei, Geld aus dem Ausland zu bekommen; andere wiederum dienten den Belangen „verdächtiger Gruppen“ oder verfolgten kommerzielle Interessen (Putin 2008e: 253) – NGO sind offensichtlich nicht eingeschlossen im so stark geforderten wirtschaftlichen Liberalismus. Die Betonung der Unabhängigkeit des Landes aus dem Beginn der Rede 2004 spiegelt sich am Ende des Textes, wenn jene NGO verurteilt werden, die partikularen Interessen dienten oder gar vom Ausland finanziert würden – zwei Jahre später, im April 2006, mündet diese bereits hier ausgesprochene Verurteilung in ein Gesetz, das die Finanzierung vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen durch das Ausland erschwert. Obwohl weiterhin die Öffnung und die Offenheit des Landes hoch gehalten werden, erhalten national-konservative Positionen Auftrieb.

Ähnlich werden die Massenmedien diskutiert: „Unser Journalismus entspricht unserer Gesellschaft und unserer Staatsmacht. [...] Doch ohne wirklich freie Massenmedien bleibt die russländische Demokratie nicht am Leben, und eine Zivilgesellschaft kann nicht entstehen.“ (Putin 2008a: 42) Es folgt sogleich der Hinweis darauf, dass die Unfreiheit der Massenmedien aber nicht nur Ergebnis staatlicher Zensur, sondern auch bedingt sein kann durch kommerzielle und politische Interessen – ein klarer Hinweis auf die Kontrolle, die Oligarchen über wichtige Rundfunksender und Zeitungen ausübten und eine apologetische Haltung gegenüber staatlichen Eingriffen und Zensur.

Einen Teil dieser Ambivalenz von autoritären Beschränkungen im demokratischen Selbstverständnis des politischen Diskurses erwächst aus der entworfenen nationalen Identität.

7.2 NATIONALE IDENTITÄT IN DEN ANSPRACHEN AN DIE FÖDERATIONSVERSAMMLUNG

Im Bereich der nationalen Identität ist die Frage nationaler Einheit zentrales Anliegen. Außerdem wird die Frage nach Russlands Platz in der Welt diskutiert: Dabei spielen sowohl die Zugehörigkeit zu Europa als auch zum postsowjetischen Raum wichtige Rollen. Letztlich aber geht es in den Ansprachen um die Begründung eines Sonderweges für Russland.

7.2.1 Einheit des Landes und Einheiten der Werte

Einheit wird auf unterschiedliche Arten artikuliert: Dabei geht es sowohl um staatliche Einheit (im Sinne der Etablierung eines straffen Zentralstaates, Einschränkung des Föderalismus) als auch um Einheit in einem nationalen Sinne (Überwindung von Konflikten zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, Solidarität zwischen den Bürgern), wie ein erstes Zitat verdeutlicht:

„Eine vollwertig entwickelte Gesellschaft entsteht nur unter den Bedingungen einer radikalen Kürzung der Funktionen des Staatsapparates und der Überwindung des Misstrauens zwischen verschiedenen sozialen Gruppen. Das wichtigste ist aber, dass dies nur möglich ist unter der Bedingung der gesamtgesellschaftlichen, allnationalen Einheit [*obščenoacional'noe edinstvo*]“. (Putin 2008d: 181)

Zur Herstellung dieser Bedingungen würden auch Parteien benötigt. Erstmalig schlägt der Präsident vor, dass sich die Regierung entsprechend der Mehrheit im Parlament zusammensetzen sollte (ibid. 182) – eine Forderung, die in der Amtszeit Putins allerdings nie realisiert wird – in diesem Kontext wird auch die geschwächte Opposition im Parlament euphemistisch als Ergebnis gewachsener gesellschaftlicher Solidarität gewertet (Putin 2008d).

In diesem Kontext kann auch die Armee eine wichtige Rolle spielen. Man müsse das Ansehen der Armee stärken, denn „sie [ist] ein Teil von uns selbst [...], unserer Gesellschaft“, und anerkennen, dass „dass der Dienst in ihr wichtig und für das Land unabdingbar ist, für das ganze russländische Volk“. Wieder wird Ivan II'in bemüht: „Der Soldat repräsentiert die *allrussländische Einheit* des Volkes, den Willen des *russischen Staates*.“ (Putin 2008g: 343) Es ist bemerkenswert, dass in diesem Zusammenhang unübliche Adjektive benutzt werden: das kulturell-ethnische „russisch“ statt „russländisch“, um den Staat zu bezeichnen; das noch übergreifendere „allrussländisch“ statt schlicht „russländisch“, um die Einheit des Gesamtstaats zu unterstreichen.

Einheitssemantiken betreffen das russländische Territorium wie den post-sowjetischen Raum. So sei Russland zwar (wieder) de jure und de facto geeint: Die staatliche Macht sei gestärkt, nicht zuletzt in den Regionen, und ein einheitlicher Rechtsraum sei geschaffen worden. Doch man stehe erst am Anfang. Ein besonderer Dank wird den Tschetschenen ausgesprochen, die ihre „Verantwortung“ und ihr „Interesse“ erkannt hätten: In einem Referendum hätten sie gezeigt, dass sie sich zum „einigen russländischen multinationalen Volk“⁸ zählten (Putin 2008d: 163).⁹

2002 erklärt Putin die Arbeit mit der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten zur wichtigsten außenpolitischen Priorität Russlands (Putin 2008e). Mit der beinahe Gleichsetzung der russischen Interessen mit jenen der GUS werden die Staaten der GUS aber auch in einer Art und Weise vereinnahmt, die national-konservativen Forderungen entspricht. Geteilte Geschichte,¹⁰ geteilte Kultur, Immigrationsfragen, Auslandsrussen sind immer wieder genannte Elemente, die eine Einheit mit den GUS-Staaten begründen.

Die Frage nach Migration und Auslandsrussen in der GUS ist auch eng verbunden mit demografischen Fragen, die versichert werden:

„Und nun zum Wichtigsten. Was ist unser wichtigstes Anliegen? Ja, richtig. Im Verteidigungsministerium weiß man, was das wichtigste Thema ist. Es geht tatsächlich um Liebe, Frauen und Kinder. Um die Familie, um das dringendste Problem im gegenwärtigen Russland – um die Demografie.“ (Putin 2008g: 330)

Damit greift Putin ein typisch national-konservatives Thema auf, das er auch noch mit dem ebenso national-konservativen Thema „Verteidigung“ verbindet (Anzahl der Kinder im Zusammenhang mit zukünftiger Anzahl wehrfähiger *Männer*). In diesem Kontext wird eine aktive Migrationspolitik gefordert. Diese Migranten sollten nicht nur gebildet und gesetzestreu sein, sondern auch eine

8 Womit Putin genau die Formulierung aus Artikel 3 der Verfassung zitiert.

9 Das am 2. April 2003 in Tschetschenien durchgeführte Referendum führte zur Verabschiedung einer neuen Verfassung, die Tschetschenien unter anderem als Subjekt der Föderation definiert und damit allen Unabhängigkeitsbestrebungen eine endgültige Absage erteilt.

10 Das gilt besonders auch im Hinblick auf den 60. Jahrestag des „Großen Sieges“: In diesem Zusammenhang erfolgt ein besonders starker Verweis auf Gemeinsamkeiten mit den ehemaligen Republiken der Sowjetunion. Putin spricht von einer Verbindung mit diesen Ländern durch die Einheit des historischen Schicksals, durch die russische Sprache und durch eine große Kultur (Putin 2008f).

positive Beziehung zur „russländischen Kultur“ (hier abermals das „falsche“ Adjektiv) und zu „unseren nationalen Traditionen“ haben oder entwickeln. Schließlich vertritt der offizielle Diskurs ein offenes Konzept der Zugehörigkeit zu Russland.¹¹ Da aber keine Migration das demografische Problem lösen könne, wird eine ganze Reihe von (finanziellen) Vorschlägen unterbreitet, um dem Abhilfe zu schaffen.¹² Putin fordert, Solženitsyn paraphrasierend, die „Schonung des Volkes“ (*sberezenie naroda*).

Während die GUS-Integration und die Sorge um die Landsleute im Ausland national-konservative Forderungen abdecken, entstammt das Thema der europäischen Integration dem demokratisch-oppositionellen Lager: Gleichzeitig mit der engeren Anbindung der ehemaligen Sowjetrepubliken, einschließlich der möglichen (bereits unter El'cin angestoßenen) Union mit Belarus, soll auch eine Annäherung an die Europäische Union vorangetrieben werden (wie sie bereits auch im *Jabloko*-Programm gefordert wurde): „Der Kurs in Richtung weiterer Integration mit Europa (*s Evropoj*) wird zu einer der wichtigsten Stoßrichtungen unserer Außenpolitik.“ (Putin 2008a: 78)

2005 folgt eines der wohl deutlichsten Bekenntnisse zu Europa in den gesamten Ansprachen an die Föderationsversammlung, einschließlich der Behauptung, Russland habe mit Europa „zusammen“, „Hand in Hand“, Jahrhunderte hindurch die Reformen der Aufklärung durchgemacht: „Russland war und ist ein großes europäisches Land, und wird es natürlich auch bleiben“; die europäischen kulturellen Werte (u.a. Freiheit, Menschenrechte und Demokratie) seien für die russische Gesellschaft zu bestimmenden Werten geworden. (Putin 2008f: 273)

Auf diese historisch-kulturelle Bewertung folgt eine prospektive Einschätzung, nach der

„eine weitgehende Annäherung und eine reale Integration in Richtung Europa [*v Evropu*] [geplant ist]. Es versteht sich, dass es hier um einen schweren und langen Prozess geht.

11 „Russland – das sind vor allem all jene Menschen, die es als ihr Zuhause ansehen.“ (Putin 2008a: 37)

12 „Political commentators judged the demographic theme as a brilliant way of appropriating one of the Communists' favourite topics. Communists and harsh nationalists have for a decade deplored what is called 'the ongoing genocide of the Russian population', and often blamed it on western influence, be it in the form of sexual permissiveness or imported drugs. Putin's rhetoric was notably free of any inflammatory, xenophobic rhetoric. [...] Putin's approach was monetaristic and pragmatic, both in analysis and policy formation. [...] Thus, the problems were presented as mainly economic, and the solution, more money from the state.“ (Rotkirch et al. 2007: 351f.)

Doch das ist unsere gemeinsame Entscheidung. Sie ist gefällt. Sie wird konsequent realisiert. In dieser Etappe durch die Aktivierung der beidseitigen Beziehungen, das Wachstum der strategischen Partnerschaft mit der EU und durch eine aktive Mitarbeit im Europarat.“ (Putin 2008d: 177)

Russland schlägt einen einheitlichen Wirtschaftsraum vor, einschließlich der Freizügigkeit für alle Bürger. Hier wird eine *konkrete* Kooperation mit und in europäischen Institutionen vorgeschlagen – eine Reminiszenz an die *International Institutionalists*. Gleichzeitig wird die Annäherung als etwas (einseitig) Entscheidbares und Entschiedenenes präsentiert, das nicht mehr zurückgenommen werden kann.

In dieser Ambivalenz zwischen GUS- und EU-Integration, zwischen Asien und Europa wird die Ambivalenz in der Artikulation der nationalen Identität Russlands deutlich. Russland wird als zwischen zwei Polen stehend dargestellt, mit niemandem, der dem Land wirklich negativ gesonnen ist, aber auch mit niemandem, der Russland hilft oder auf Russland „wartet“ (Putin 2008c).

Deswegen auch die häufige Betonung der Eigenständigkeit (*samobytnost'*), Originalität (*svoeobrazie*) und des eigenen Weges (*sobstvennyj put' / sobstvennyj opyt*).¹³ Es ergeben sich zwei Möglichkeiten: Erstens, dass die russische Eigenständigkeit mit Selbstisolierung verbunden ist (was aber Boris El'cin bereits explizit verneinte) und zweitens, dass sich die Originalität auch in einer Öffnung nach Außen realisiert – der offizielle Diskurs tendiert zu letztgenannter Option, wobei die „diesbezügliche Position [...] sich im Prinzip nicht verändert [hat], doch der Akzent auf die Eigenständigkeit ist stärker geworden“ (Panov 2008: 115).

Es sind dann auch diese Eigenständigkeit und Eigenheit, die das andauernde Streben nach einer (unmöglichen) Integration und damit Russlands angestrebte Position in der Welt mitbestimmen.

13 Wie andere Länder habe auch Russland vor der Wahl gestanden, sich auf fremden Rat, fremde Hilfe und fremde Kredite zu stützen oder sich zu entwickeln gestützt auf „unsere Originalität [*samobytnost'*], auf die eigenen Stärken“ (Putin 2008a: 36). Wenn Russland schwach bleibe, werde es in Abhängigkeit verharren. Doch Russlands Wahl müsse die eines starken, selbstsicheren Landes sein.

7.2.2 Russlands Platz in der Welt

Bei der Bestimmung des Platzes Russlands in der Welt offenbart sich auch die demokratische Wahl: „Die Bindung an demokratische Werte ist durch den Willen unseres Volkes bedingt und durch die strategischen Interessen Russlands.“ (Putin 2008e: 237) Durch die Entscheidung für Demokratie ergibt sich die Zuweisung einer bestimmten Rolle für Russland in einem globalen Kontext: Man ist kein Paria-Staat, sondern im Prinzip gleichberechtigtes Mitglied in der Welt demokratischer Staaten. Um diese Gleichberechtigung zu realisieren fehlen aber noch – vor allem: ökonomische – Eigenschaften.

Russlands primäre Aufgabe wird als eine des Aufschließens definiert: Um in Russland würdige Lebensbedingungen für die Menschen zu schaffen, damit Russland zu den am meisten entwickelten Staaten aufschließt, die Menschen auf Russland stolz sind und dessen Reichtum mehren sowie dessen Geschichte würdigen, sei eine Konsolidierung um Werte und Ziele nötig (Putin 2008d: 161):

„Es sind genau unsere Werte, die auch unser Streben nach Stärkung der staatlichen Selbständigkeit Russlands bestimmen, die Stärkung seiner Souveränität. Wir sind eine freie Nation. Und unser Platz in der gegenwärtigen Welt [...] wird nur dadurch bestimmt werden, in welchem Ausmaße wir stark und erfolgreich sein werden.“ (Putin 2008f.: 274)

Russland müsse wieder ein vollwertiges Mitglied der internationalen Gemeinschaft und ein starker Konkurrent werden (Putin 2008c: 109). Beziehungsweise an anderer Stelle:

„Ich denke, dass unser wichtigstes Ziel die Rückkehr Russlands in die Reihen der reichen, entwickelten, starken und angesehenen Staaten der Welt sein sollte. Doch diese Rückkehr ist nur dann möglich, wenn Russland ökonomisch mächtig wird. Wenn es nicht abhängt von den Gaben internationaler Finanzorganisationen oder unvorhersehbaren Fluktuationen der Außenhandelskonjunktur. Dies ist nur möglich unter den Bedingungen eines stabilen, schnellen Wachstums.“ (Ibid. 169)

Die Außenpolitik solle sich an „nationalen Prioritäten, an Pragmatismus und ökonomischer Effizienz“ (Putin 2008b: 77) orientieren. Die Integration Russlands in die Weltgemeinschaft erfordere es zu lernen, die ökonomischen Interessen des Staates, der Unternehmer und der Bürger zu schützen – zum Beispiel im Hinblick auf die Diskriminierung russischer Hersteller. Die nationalen Interessen sollten insbesondere auch von den internationalen Partnern respektiert werden – was auch im Hinblick auf die NATO-Erweiterung gilt. Zwar sollen die Bezie-

hungen zur nordatlantischen Allianz weiter verfolgt werden, doch das Problem in diesem Zusammenhang sei, „dass die NATO bei ihren Entscheidungen teilweise die Meinung der internationalen Gemeinschaft sowie die Stellung internationaler Rechtsverträge ignoriert“ (ibid. 79). Den *International Institutionalists* folgend, wird der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen als einziges Gremium genannt, das die Vollmacht besitze, Gewaltanwendung in internationalen Beziehungen zu sanktionieren – und in dem Russland (im Gegensatz zur NATO) vollberechtigte Mitsprache hat.

Russland sei – auch angesichts des internationalen Terrorismus – konfrontiert mit Herausforderungen, welche seine staatliche Souveränität und territoriale Integrität bedrohen. Es bestehe die Gefahr einer Veränderung der geopolitischen Struktur. Damit, so Panov (2008: 117), bekommt „der Feind“ im Vergleich zu jenem in den Ansprachen El’cins eine qualitative Verschärfung: Wurde unter El’cin die NATO-Osterweiterung als Bedrohung der Interessen Russlands gesehen, ist nun die staatliche Souveränität an sich bedroht.

In der gleichen Ansprache vollzieht Putin einen Spagat zwischen der wirtschaftsliberalen, „demokratischen“ Forderung nach Öffnung Russlands für die Weltwirtschaft, einschließlich eines Beitrittes zur WTO (Putin 2008b), und dem national-konservativen Anliegen, einen „Ausverkauf Russlands“ abzuwenden. Der Staat solle vollständig in der Lage sein, die eigenen Handlungen im Rahmen der vom IWF aufgelegten Programme zu kontrollieren, ohne unter den Einfluss einer Kontrolle durch den Währungsfonds zu fallen – dies wieder in Anspielung auf die 1990er Jahre.

Auch hinsichtlich der nationalen Identität und Russlands Stellung in der Welt durchziehen ökonomische Erwägungen die Texte. Modernisierung, Öffnung, Investitionen tragen dazu bei, Russland wieder ökonomisch stark zu machen und dem Land damit den Platz zu geben, der ihm historisch zusteht.

7.3 ZUSAMMENFASSUNG UND BEWERTUNG

Es sind insgesamt drei Themen im Bereich der Definition politischer Identität, die sich wie ein roter Faden durch alle Ansprachen vor der Föderationsversammlung ziehen:

Erstens die Forderung nach einem starken Staat: Die Bedeutung dieses Signifikanten wird auf unterschiedliche Art und Weise gefüllt. Die häufigste – gleich in der ersten Ansprache erwähnt – ist jene der „Effizienz“, mit einer engen Verbindung zur wirtschaftlichen Dimension der „Konkurrenzfähigkeit“, die besonders ab 2003 verstärkt genannt wird. Ja, sogar von einem globalen Konkurrenz-

kampf ist die Rede, in dem sich Russland behaupten müsse. Damit zeichnet sich eine erste Ebene der Depolitisierung im politischen Diskurs ab: Nicht Ideologie, sondern „pragmatische“ Fragen werden zum Fundament politischer Entscheidungen und Forderungen. Es ist die Ebene der Meta-Politik, „a form of politics that legitimizes itself by means of direct reference to rational knowledge and the concept of effectiveness“ (Makarychev 2008: 66). Dieser „Pragmatismus“ wird auch wiederholt für die Außenpolitik beschworen.

Zweitens ist ein Bekenntnis zur Demokratie Konstante in den Ansprachen. In allen Reden wird Russland als demokratischer Staat charakterisiert und eine Vertiefung der Demokratie gefordert. Die Sicherung von „Rechten und Freiheiten“ ist ein wiederkehrendes Motiv. Im Vergleich zu „Demokratie“ bleibt „Freiheit“ überraschend blass. Nur in der ersten Rede wird Freiheit näher charakterisiert: als Freiheit der Persönlichkeit und des Unternehmertums. Und 2004 wird – mit einer bewussten oder unbewussten Anspielung auf *Das Kapital* – gefordert, Russland solle eine „freie Gesellschaft“ wirklich „freier Menschen werden – frei, ökonomisch wie politisch“. Auch im Zusammenhang mit „Demokratie“ und „Freiheit“ tauchen immer wieder ökonomische Konnotationen auf. Die Forderung nach einem Wachstum der Zivilgesellschaft passt in das „demokratische“ Schema der Ansprachen; sie wird aber relativiert durch die Charakterisierung der NGO als Partner des Staates (2000) und durch die Verurteilung jeglicher ausländischer Finanzierung (2007). In jedem Bezug auf Freiheit, ökonomisch (im Sinne eines Wirtschaftsliberalismus) wie politisch (in Bezug auf die Zivilgesellschaft) bleibt der (starke) Staat zentraler Akteur. Die politische Praxis geht mit diesen Postulaten konform, sei es durch den Aufbau staatseigener Monopolisten (wie *Gazprom*), sei es in Form der Gesellschaftskammer, in welcher der Staat willfährige und devote NGO versammelt hat. Der offizielle Diskurs ist sichtlich bemüht, dies als eine Besonderheit der russischen Demokratie darzustellen, also augenscheinliche Widersprüche zwischen demokratischen Werten und der politischen Praxis national zu begründen und damit aufzulösen. Dies ist ein Kern der souveränen Demokratie: Eine demokratische Verfassung habe, mit allen Ansprüchen, die sich dadurch ableiten, auch Raum zu lassen für Ausnahmen – Ausnahmen, die durch das Spielen der nationalen Karte nötig werden.

Erstes und zentrales Element ist das der Stabilität. Sie bezieht sich unter anderem auf ein beständiges ökonomisches Wachstum, das nötig sei, um Russland nach vorne zu katapultieren zu den führenden Nationen. Stabilität sei auch wichtig für das Unternehmertum und im Bereich der Finanzen. In der 2003er Rede bekommt „Stabilität“ auch eine wertnormative Konnotation: als Konsolidierung um Werte und Normen. „Stabilität“ verweist auf die para-politische Dimension der Depolitisierung (Makarychev 2008: 66): Feste Regeln, die „Diktatur des

Gesetzes“ lassen wenig Raum für eine politische Auseinandersetzung, die aufgegeben wird zugunsten politischer Kontinuität. Aber das Politische, als Raum der Auseinandersetzung, wird durch die „stabilen Regeln“ zugeschlüsselt. Begründet wird dies abermals mit einem Verweis auf die Wirtschaft, die dieser stabilen Regeln bedürfe (2005).

Ökonomische Rationalität wird zum zweiten Leitmotiv im politischen Diskurs:

„[It] permeates the entire discourse of the Putin presidency, whereby even governmental mechanisms and the operation of the state are subjected to the logic of economic efficiency. [...] It is this rationality of neoliberal governance that attracts liberal conservatives to the Putin presidency, as it exemplifies the functioning of liberal governmental practices in the post-revolutionary modality.“ (Prozorov 2005: 135)

Putin wird zum „apolitischen Manager“, gar zu einem „neuen Čubajs“, wie Stanislav Belkovskij – stellvertretend für eine „links-konservative“ Strömung – kritisierte (Prozorov 2005: 136): Putin vertrete wirtschaftlichen Liberalismus und damit (ökonomischen) Antikonservatismus. Die Zentralität der ökonomischen Rationalität strahlt auch auf die nationale Identität aus.¹⁴

Im Bereich der nationalen Identität fallen drei Grundelemente des Diskurses auf: Zum ersten wird die Einheit des Landes immer wieder eingefordert oder als weitgehend erreicht dargestellt. Damit verwandte Metaphern sind jene der Originalität, Eigenständigkeit, Unabhängigkeit und der Souveränität. Während die „Einheit“ des Landes, im territorialen Sinne aber auch abstrakter in geistig-moralischer Form, gerade in den ersten Ansprachen Eingang findet, flackert das Motiv der Souveränität erst 2005 auf. Durchgehend dagegen werden *samostoja-tel'nost* und *samobytnost* eingefordert, die nötig seien, um sich in einer Welt durchsetzen zu können, in der niemand Russland hilft (2002) beziehungsweise in welcher „Genosse Wolf“ (die USA) hemmungslos aufrüstet (2006).

Das Ziel dieses einsamen Bemühens ist, zweitens, die Erlangung eines würdigen Platzes in der Welt, eines Platzes unter der „ökonomischen Sonne“ (Putin 2008c). Dieses Bild wird in nahezu allen Ansprachen gezeichnet. 2000 wird es durch die Darstellung der möglichen Gefahr eines Verfalls Russlands zu einem Dritt-Welt-Land sogar negativ definiert. Besonders akzentuiert die Forderung 2002: Russland solle ein gewichtiges und vollwertiges Mitglied der internationa-

14 Prozorov (2005: 135), auf Michail Remizov verweisend, geht so weit zu behaupten, dass selbst die „russische nationale Idee“ in Begriffen „effizienter Staatlichkeit“ präsentiert werde.

len Gemeinschaft und ein starker Konkurrent werden (abermals mit dem Einflechten einer ökonomischen Dimension).

Drittens spielen ab 2003 wertnormative und kulturelle Erwägungen eine zunehmende Rolle. Eine Suche nach einer nationalen Idee wird aber verworfen. Sie sei bereits vorhanden. Dies verweist auf die archi-politische Dimension im hegemonialen Diskurs, „the communitarian attempt to define a traditional, close, organically structured, homogeneous social space that allows for no void in which the political moment or event can emerge“ (Slavoj Žižek, zit. nach Makarychev 2008: 659). In der sehr engen Anbindung an die GUS und an die dort lebenden Russen, in dem nicht ganz präzisen Verweis auf eine geteilte russländische Kultur wird dieser homogene Raum auch territorial fixiert. Der Nähe zur GUS wird immer auch die Nähe zur EU hinzugefügt. Doch während die Gemeinsamkeit mit der GUS im Zeitverlauf stärker betont wird, wird jene mit der EU abgeschwächt: 2007 bleibt von der Forderung nach Integration mit der EU nur noch eine Partnerschaft übrig. Trotzdem wird Russland 2005 als ein europäisches Land dargestellt. An zwei Stellen gibt es eine explizite Darstellung der Identität Russlands: 2001 wird Russland als Staat des „russländischen multinationalen Volkes“ bezeichnet; 2007 verwahrt man sich gegen Einmischung in die Belange des multinationalen, demokratischen Russlands.

Insgesamt entfaltet sich das Bild eines auf mehreren Ebenen depolitisierten Diskurses. Die archeo-, para- und metapolitischen Dimensionen der Depolitisierung lassen sich wiederholt nachweisen. Im Bereich der politischen Identität gibt es eine Vielzahl von Bekenntnissen zur Demokratie. Sie werden allerdings redimensioniert mit einem Verweis auf Eigenständigkeit, Souveränität sowie auf den eigenen russischen Weg. Besonders 2005 deutet sich an, dass auf eine eigene Definition von Demokratie bestanden wird. Dieses Bestehen auf Besonderheit, auf *samobytnost*, erfolgt natürlich auch auf einer kulturellen Ebene aufbauend. Was aber diese „russischen Werte“ sind, wird nur wage angedeutet. Einen Ausweg bieten möglicherweise die späten Ansprachen vor der Föderationsversammlung, als der Westen wieder zunehmend als Antagonist dargestellt wird. Damit ist Russland das, was der Westen nicht ist. In den Ansprachen 2005ff. wird der Depolitisierung im Inneren eine Repolitisierung im Äußeren gegenübergestellt. Zudem werden, im Sinne einer *Securitization*, zunehmend Sicherheitsbelange bedeutend (Makarychev 2008). Diese *Securitization* zeichnet sich aber bereits vorher ab, unter anderem in der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus im Inneren (Bacon et al. 2007).

Gegen Putin kann es einfach keine Opposition geben, schrieb der „Polittechnologe“ Gleb Pavlovskij in der *Nezavisimaja Gazeta* zu Beginn dessen Amtszeit. Kennzeichnend ist die Einbettung des Liberalismus in einen etatistischen und

patriotischen Kontext: Dies hat zu einem doppelten Sieg über die polarisierten Diskurse der 1990er Jahre geführt, sowohl über den liberal-demokratischen als auch über den patriotisch-kommunistischen – Prozorov (2005) nennt den hegemonialen Diskurs, der scheinbar keine Opposition¹⁵ mehr hat, liberal-konservativ:

„[A]t a first glance, liberal conservatism exemplifies both the success of the [1991] revolution and its ultimate betrayal, disavowing the contingent origins of the emergence of the present regime.“ (Prozorov 2005: 130)

In diesem hegemonialen Projekt spielt auch die Figur der Souveränität eine zentrale Rolle. In der Souveränität schlägt sich die Synthese von Russland und Freiheit nieder – Souveränität ist die Bedingung für die Aufrechterhaltung Russlands als politisches Subjekt. Es kommt zu einer starken Identifikation von Freiheit in einem kollektiven Verständnis und Souveränität (ibid. 128): Freiheit ist also in erster Linie die Freiheit des Staates im Inneren wie im Äußeren.

15 Per definitionem bedarf der hegemoniale Diskurs einer „Opposition“: Auf den linken Konservatismus (nicht zu verwechseln mit dem von der KPRF vertretenen Diskurs) als einzig verbliebene Opposition verweist Prozorov ausführlich im zweiten Teil seines Artikels.